



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

BMZ MATERIALIEN 162

Partner für ein starkes Afrika

Zusammenarbeit im Bereich
Wasser



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Wasser und Wasserprobleme in Afrika | 3 |
| Konsequenzen für die Entwicklungspolitik | 5 |
| Grundsätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit | 5 |
| Angebote an unsere Partner | 6 |
| Internationaler Sektordialog zum Thema Wasser in Afrika | 11 |
| Fallbeispiele | 14 |
| Übersichten zur Wasserkooperation mit Afrika | 15 |

Kurzfassung

Die internationale Gemeinschaft hat sich zur Erreichung der Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 verpflichtet. Eine besondere Herausforderung stellt dabei Afrika¹ dar. Die afrikanischen Staaten und ihre internationalen Partner haben deshalb in der Paris-Erklärung zur Steigerung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit (2005) vereinbart, dass die gemeinschaftlichen Anstrengungen in den kommenden Jahren besser koordiniert werden müssen.

Die Bundesregierung nimmt diese Vereinbarung sehr ernst. Wir sehen uns in der Pflicht, an einer internationalen Arbeitsteilung für eine wirksame Entwicklungspolitik intensiv mitzuarbeiten. Wir konzentrieren uns deshalb in Absprache mit unseren afrikanischen Partnern zunehmend auf Schwerpunkte, wir machen unsere Kooperationsangebote international transparent und bringen sie aktiv in die internationalen Abstimmungsprozesse ein.

Einer der Schwerpunkte der Kooperation mit Afrika liegt bei der Bearbeitung von Wasser- und Abwasser- bzw. Sanitärproblemen. Mit jährlichen Neuzusagen von rund 140 Millionen Euro gehört Deutschland zu den größten bilateralen Investoren auf dem Kontinent. Grundsätze sind insbesondere Eigeninitiative und Partizipation der Bevölkerung, Armutsorientierung und Nachhaltigkeit. Auf Basis langjähriger Erfahrungen fußt unser Angebot vor allem auf Reformen im Wassersektor und bei der Wasser- und Basis-sanitärversorgung sowie auf dem Management nationaler und regionaler Wasserressourcen. Darüber hinaus fördert die deutsche Entwicklungspolitik intensiv den internationalen Dialog zu Wasserfragen in Afrika.

Diese Broschüre wendet sich an Leserinnen und Leser mit entwicklungspolitischen Vorkenntnissen. Wenn Ihnen Begriffe unklar sein sollten, so finden Sie weitere Erklärungen unter: www.bmz.de

1) Der Begriff „Afrika“ genauso wie statistische Aussagen und Aussagen über deutsche Programme in dieser Broschüre beziehen sich auf Afrika südlich der Sahara (Sub-Sahara-Afrika).

Wasser und Wasserprobleme in Afrika

„Es gibt genug Wasser für alle. Unser Problem heute ist im Wesentlichen eines der Regierungsführung: das Wasser fair miteinander zu teilen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Ökosysteme zu wahren. Momentan haben wir dieses Gleichgewicht noch nicht erreicht.“

Zitat aus „The United Nations World Water Development Report 2“, 2006, S. 3; www.unesco.org/water/wwap

Wasser und Entwicklung

Viele der Millenniumsziele, die im Jahr 2000 international vereinbart wurden, wie zum Beispiel die Verringerung der Kindersterblichkeit, die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Verbesserung der Ernährungssicherheit, sind ohne sauberes Wasser, ohne Basissanitärversorgung und ohne ein besseres Wasserressourcenmanagement nicht erreichbar. Gegenwärtig haben in Afrika mehr als 300 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Das sind mehr als 40 Prozent der Bevölkerung des Kontinents. Über 60 Prozent der Menschen verfügen über keine ausreichende Sanitärversorgung.

Deutschland setzt deshalb in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Wasser- und Basissanitärversorgung. Zum einen, weil wir wissen, dass die Bereitstellung von mehr sauberem Wasser sich insgesamt positiv auswirkt auf die Verbesserung der allgemeinen Gesundheitssituation, insbeson-

dere auch die Kinder- und Müttersterblichkeit, aber auch auf die Gleichstellung von Frauen. Zum Zweiten, weil Wassermangel großes Konfliktpotenzial besitzt und national wie regional Frieden und Sicherheit gefährdet.

Durch Schwerpunktsetzung wiederum können wir uns im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung besser als bisher mit den anderen Gebern und unseren Partnern abstimmen und damit wirksamer werden. Die Umsetzung der in der Paris-Deklaration vereinbarten Arbeitsteilung erfordert, dass wir uns zunehmend auf Schwerpunkte konzentrieren, unsere Kooperationsangebote transparent und entwicklungsorientiert gestalten und darüber miteinander in den Dialog treten. Die deutschen Anstrengungen dienen dabei dem Ziel, Armut in Afrika wirksam zu bekämpfen und Chancen für Entwicklung zu schaffen – wirtschaftlich, gesellschaftlich und für den einzelnen Menschen.

Wasserprobleme als Herausforderung der Politik

Nach Aussage der Vereinten Nationen werden Wasserprobleme weniger durch Wasserknappheit verursacht als vielmehr durch ineffiziente Versorgung, Missmanagement, bürokratische Hürden, Korruption, das Fehlen gut funktionierender Institutionen und den Mangel an Investitionen, sowohl in Ausbildung als auch in Infrastruktur. Wasserprobleme zu beheben ist damit vor allem eine politische Aufgabe.

Fortschritte bei der Wasserpolitik für Afrika

In Afrika fehlte es lange Zeit an ausreichendem Bewusstsein für die Notwendigkeit einer guten Wasserpolitik. Doch in jüngster Zeit haben viele Staaten wichtige Schritte auf den Weg gebracht, um den Wassersektor zu reformieren und die nationalen Wasserressourcen besser zu bewirtschaften.

Insbesondere mit der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NePAD) und deren Beschlüssen etwa zum Short-Term Action Plan for Infrastructure (STAP), aber auch mit dem Comprehensive African Agricultural Development Programme (CAADP), der Rural Water Supply and Sanitation Initiative (RWSSI) von Afrikanischer Entwicklungsbank und Weltbank und dem Rat der afrikanischen Wasserminister (African Ministers Council on Water, AMCOW) wächst auch regional eine neue kooperative afrikanische Wasserpolitik heran, um nationale und grenzüberschreitende Wasserfragen zu lösen.

Harmonisierung der Geberpolitik

Die internationalen öffentlichen Geber und privaten Investoren sind gefordert, sich viel besser als bisher abzustimmen und ihre Mittel zu konzentrieren. Die internationale Gemeinschaft hat mit der Paris-Deklaration von 2005 klare Vorgaben gemacht: Die einzelnen Geber sollen eindeutige inhaltliche Schwerpunkte setzen, ihre Politiken harmonisieren sowie Unterstützung entsprechend der Nachfrage und nationalen Politiken der Partner leisten („Alignment“).



Während sich in der Vergangenheit die Geberpolitik in Afrika häufig darauf beschränkte, die Wasserinfrastruktur bereit zu stellen, zu verwalten und zu unterhalten, wissen wir heute, dass wir für eine nachhaltige Lösung der Wasserfrage weg müssen von isolierten Projekten, hin zu umfassenden Sektorpolitiken mit kooperativen Lösungen. Dazu gehören vor allem dauerhafte Vereinbarungen zwischen konkurrierenden Interessen um Wasser und die Versöhnung zwischen Nutzung und Schutz der Ressource. Eine zentrale politische Aufgabe ist deshalb die angemessene Priorisierung des Themas Wasser und Sanitärversorgung in der Politik der Partner. Diese Ebene der politischen Lösung der Wasserfrage muss Gegenstand des Dialogs der Geber mit den Entwicklungspartnern sein.

Konsequenzen für die Entwicklungspolitik

Grundsätze der deutschen Wasserpolitik

Entwicklungsorientierung und internationale Koordination

Deutsche Entwicklungspolitik ist integraler Bestandteil der Bemühungen der internationalen Gebergemeinschaft. Die in der Paris-Deklaration vereinbarten Schritte zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit setzt Deutschland prioritär um.

Dies bedeutet enge Koordinierung und Arbeitsteilung mit anderen Gebern im Einklang mit komparativen Vorteilen und vor allem den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen mit den Entwicklungsländern. An die Stelle traditioneller Kooperationsformen tritt Partnerschaft auf Augenhöhe, auf Grundlage gegenseitiger Rechenschaftspflicht und im Interesse der Unterstützung der Politiken der Partner („Ownership“).

Armutsorientierung

Wasservorhaben sind nicht automatisch armutsorientiert, sondern müssen entsprechend ausgestaltet sein. Die deutsche Bundesregierung will dazu beitragen, dass arme Bevölkerungsteile durch die Gestaltung adäquater Rahmenbedingungen und die stärkere Einbindung der Zielgruppen wirkungsvoller erreicht werden.

Nachhaltigkeit

Deutschland verfolgt das auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg im Jahr 2002 international vereinbarte Leitbild des so genannten Integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM²). IWRM sieht das Ökosystem als Ganzes im Mittelpunkt und bemüht sich darum, die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an die Ressource Wasser auszubalancieren.

Umfassende Bevölkerungsbeteiligung

Die Partizipation der Bevölkerung ist notwendig, um die Ausgestaltung und Akzeptanz von Vorhaben im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung zu verbessern und damit die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu erhöhen. Dabei ist von Bedeutung, dass möglichst repräsentative Gruppen oder Individuen an Entscheidungsprozessen teilnehmen und dass insbesondere auch Frauen, die meist für Wasserbeschaffung zuständig sind, einbezogen werden.

Politikdialog und Budgethilfe

Deutschland weist im Dialog mit den Partnern beständig auf die Bedeutung einer guten Wasserpolitik hin. Wasser sollte einen angemessenen Platz in der nationalen und regionalen afrikanischen Politik einnehmen.

Wir untermauern den Stellenwert einer guten Wasserpolitik dadurch, dass wir bei guten politischen Rahmenbedingungen und klarer Reformbereitschaft der Partnerregierung neben der traditionellen Förderung einzelner Projekte und Programme inzwischen immer öfter auch Mittel direkt in den Haushalt des jeweiligen Partnerlandes oder gemeinsam mit anderen Gebern in gemeinschaftliche Fonds einstellen. Diese Finanzierung erfolgt auf Grundlage eines vereinbarten und überprüfbaren Zielsystems. Zudem muss die Partnerregierung den Nachweis erbringen, dass sie alle öffentlichen Mittel transparent und sachgerecht einsetzt.

2) Integriertes Wasserressourcenmanagement ist ein Prozess, der ein koordiniertes Management von Wasser, Land, und den damit in Beziehung stehenden Ressourcen fördert und auf die Maximierung des ökonomischen und menschlichen Wohles unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit lebenswichtiger Ökosysteme abzielt.

Angebote an die afrikanischen Partner

Wirksamkeit durch Konzentration

Gemeinsam mit seinen Partnern verfolgt Deutschland das Ziel einer ausreichenden und nachhaltigen Wasserversorgung für Mensch, Natur, Landwirtschaft und Industrie entsprechend dem Leitbild des Integrierten Wasserressourcenmanagements. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert diesen Bereich mit jährlichen Neuzusagen in Höhe von rund 140 Millionen Euro durch Beiträge hinsichtlich städtischer Wasser- und Basissanitärversorgung, Wassersektorreformen und eines verbesserten Managements knapper Wasserressourcen. Außerdem engagiert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der ländlichen Wasser- und Basissanitärversorgung. Wir konzentrieren uns dabei zunehmend auf die Felder, in denen wir in den einzelnen Partnerländern besonders hohe Kompetenz haben und entwickeln daraus klar strukturierte, inhaltliche und materielle Angebote an die afrikanischen Partner.

Aufgrund unserer spezifischen Kompetenzen und Erfahrungen unterbreitet die Bundesregierung zur Unterstützung ihrer Partner Angebote in zwei Bereichen:

1. **beim Zugang der Menschen zu sauberem Wasser und einer Basissanitärversorgung**
2. **beim Management knapper Wasserressourcen**

Unsere zentralen Kompetenzfelder sehen wir sowohl in der Unterstützung der Reformen des Wassersektors, der Wasser- und Basissanitärversorgung und beim Umgang mit der Wasserknappheit als auch in der Unterstützung des nationalen und regionalen Managements von Wasserressourcen.

Daraus ergeben sich drei politische Schwerpunkte unserer Kooperation mit unseren afrikanischen Partnern im Bereich Wasser. Die nachfolgenden Diagramme veranschaulichen in vereinfachter Form die wichtigsten Wirkungszusammenhänge dieser Schwerpunkte. Sie werden durch konkrete Beispiele auf Seite 14 ergänzt.

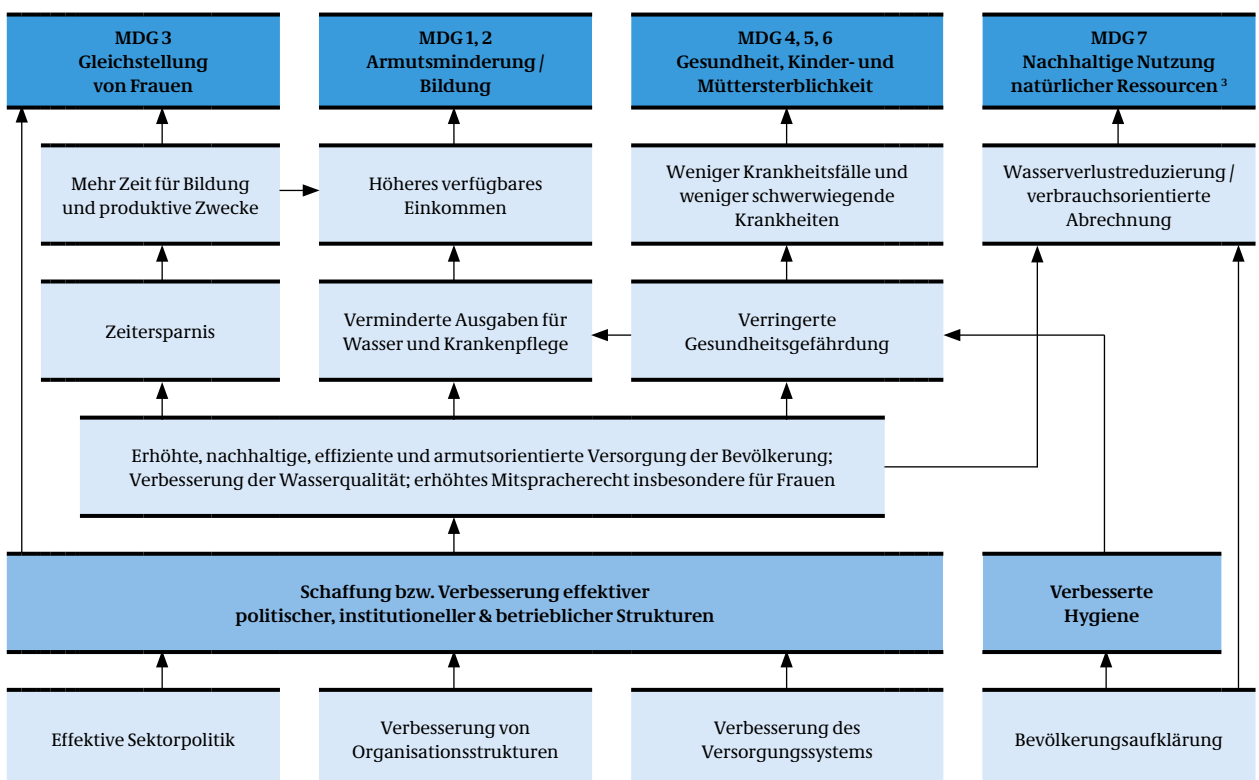


Reformen im Wassersektor; städtische Wasser- und Basissanitärversorgung

Um die (wasserbezogenen) Millenniumsziele in Sub-Sahara-Afrika erreichen zu können, müssen erheblich mehr Haushalte Zugang zu nachhaltiger Wasser- und Sanitärversorgung bekommen. Unter anderem müssen die Leitungsverluste von derzeit bis zu 50 Prozent verhindert werden. Es gilt dabei auch, ein bislang insgesamt wenig ausgeprägtes Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Krankheiten, Sanitärproblemen und verunreinigtem Wasser, der geringen Zahlungskraft auf Seiten der privaten Verbraucher und der schlechten Zahlungsmoral gerade großer öffentlicher Kunden wie Krankenhäuser, Kasernen, Schulen etc. zu schaffen. Sub-Sahara-Afrika ist außerdem durch eine weiträumige Siedlungsstruktur charakterisiert. Klein- und Mittelstädte liegen weit auseinander, wodurch hohe Kosten für Bau und Betrieb von netzgebundenen Ver- und Entsorgungssystemen entstehen. Nur einer **effektiven Sektorpolitik** und funktionierenden Institutionen folgen die finanziellen Mittel öffentlicher wie privater Investoren.

Zur **Verbesserung von Organisationsstrukturen** im Wassersektor unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel Wasserministerien bei der Entwicklung und Planung sowie Regulierungsbehörden bei der Steuerung und Überwachung. Eine wichtige Voraussetzung ist dabei die Trennung von Politik, Regulierung und Leistungserbringung und einer stärkeren Verlagerung auf dezentral organisierte Versorgungsbetriebe. Finanzielle Investitionen in Aufbau, Erweiterung und Rehabilitation der Wasser- und Sanitärversorgung, dienen der **Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Ver- und Entsorgungssysteme** (siehe Seite 14).

Die **Aufklärung der Bevölkerung** verbessert Hygiene und Sparsamkeit. Langfristig sollen damit Ver- und Entsorgungsstrukturen entstehen, die dauerhaft den Bedarf der Kunden befriedigen, dabei den Bedürfnissen der Betreiber gerecht werden und dadurch wiederum Anreize für Investitionen schaffen.



3) Halbierung des Anteils der Bevölkerung ohne Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung

Nationales

Wasserressourcenmanagement

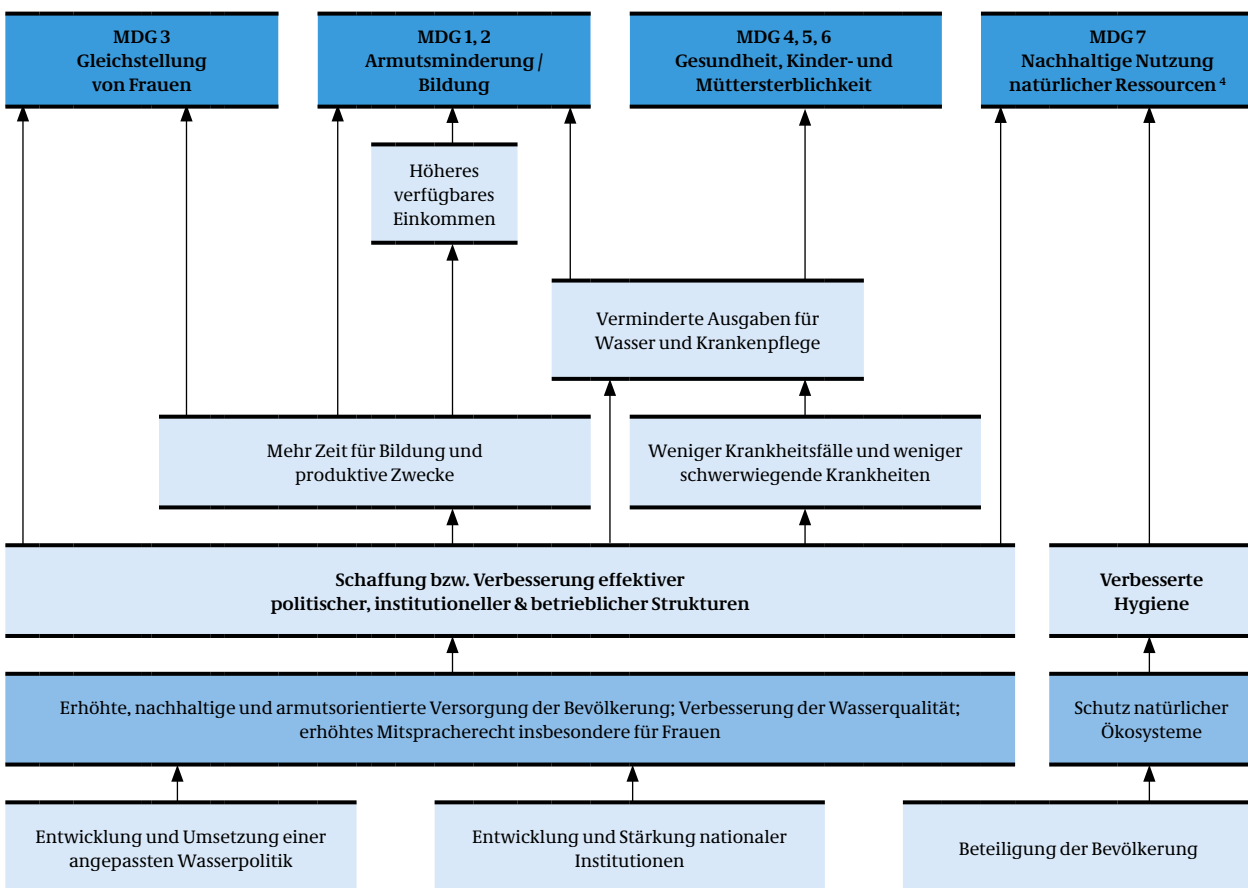
Wasserknappheit ist insbesondere in den Trocken- zonen des südlichen Afrika zu einer ständigen He- rausforderung geworden. Die Konkurrenz um die verfügbaren Oberflächen- und Grundwasserres- sourcen zwischen Städten, Industrie und Bewäs- serungslandwirtschaft nimmt insbesondere im stadtnahen Bereich zu. Leidtragende sind durch Übernutzung und Verknappung der Ressourcen vor allem die Armen, die auch besonders von den negativen Folgen für die lokalen Ökosysteme betroffen sind.

Dieser politisch brisanten Herausforderung kann nachhaltig vor allem durch den institutionalisier- ten und dauerhaften Ausgleich der unterschiedli- chen Interessen begegnet werden, der in einer **angepassten Wasserpolitik** festgeschrieben ist.

Daraus ergeben sich verlässliche Regelungen, um das Wasser optimal zwischen den Sektoren aufzu- teilen und effizient zu nutzen und gleichzeitig die lebenswichtigen Ökosysteme zu erhalten.

Zur Umsetzung dieser Regelungen unterstützt Deutschland seine Partner bei der **Entwicklung und Stärkung nationaler Institutionen** wie Regulierungsbehörden, Wasserversorger, Wasser- nutzerorganisationen, Wassereinzugsgebietsor- ganisationen, Wasserverbände und auch bei der Bildung von Aufsichtsorganen in der Wasserwirt- schaft.

Dabei hat die Beteiligung der Bevölkerung in- sofern eine besondere Bedeutung, als relevante Interessengruppen und wirtschaftlich schwache Nutzergruppen in die Entscheidungsprozesse einzubinden sind.



4) Halbierung des Anteils der Bevölkerung ohne Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung

Grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement

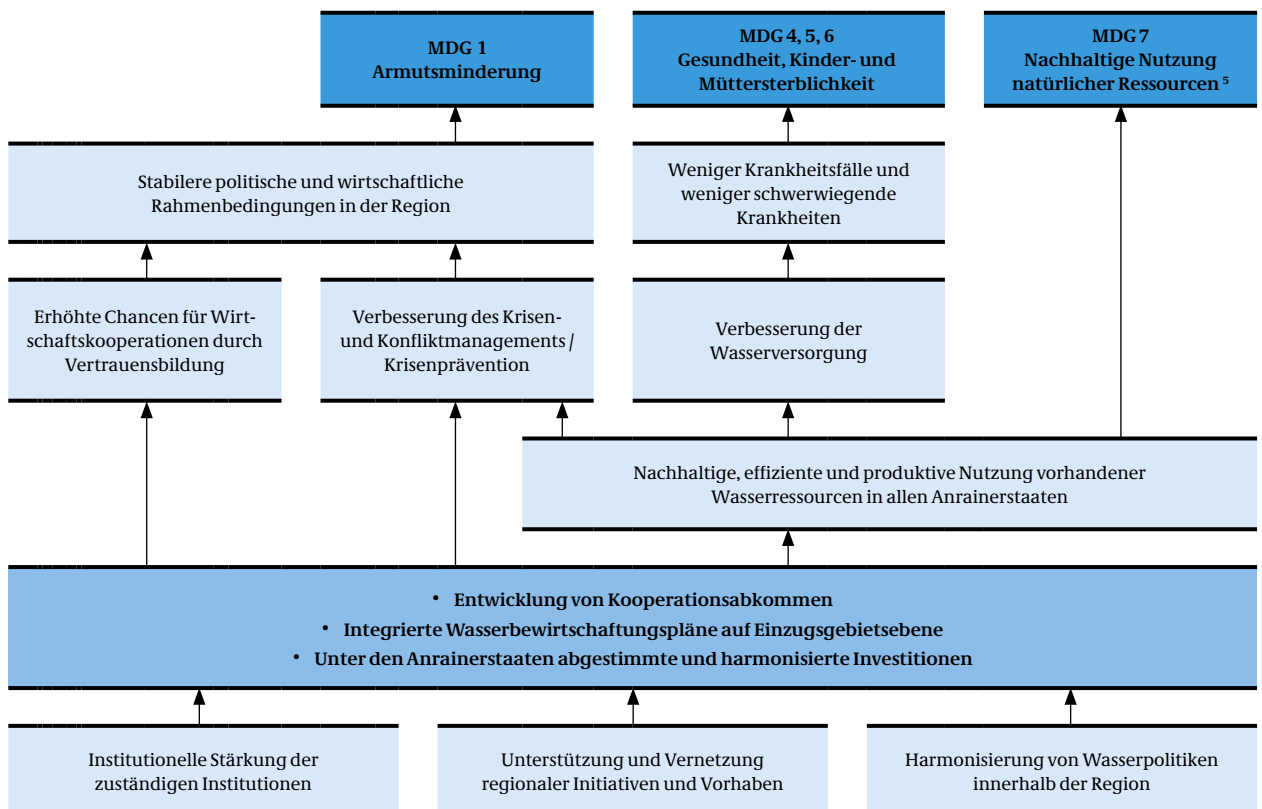
Rund 80 Prozent des verfügbaren Wassers in Sub-Sahara-Afrika stammt aus grenzüberschreitenden Oberflächen- und Grundwasserressourcen. Im Zuge des steigenden Wasserbedarfs aufgrund von Bevölkerungswachstum, zunehmender Verstädterung und Industrialisierung in verschiedenen Regionen Afrikas wächst das Potenzial für zwischenstaatliche Nutzungskonflikte an internationalen Wassereinzugsgebieten. Grenzüberschreitende Wasserkoooperation und nachhaltige Nutzung vorhandener Ressourcen können dem vorbeugen.

Die Stärkung der zuständigen Institutionen spielt dabei eine besondere Rolle.

Die Stabilität und das Einhalten internationaler Abkommen und Vereinbarungen hängen nicht nur von gutem Willen ab, sondern in hohem Maße auch von verlässlichen und transparenten

Informationen und Daten. Deutschland unterstützt deshalb den Aufbau und die Stärkung bestehender Flussgebietskommissionen. Sie müssen in der Lage sein, Daten zu erfassen, auszuwerten, zu interpretieren und öffentlich zu präsentieren. Auch die verstärkte Kooperation bei grenzüberschreitenden Grundwasservorkommen ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Darüber hinaus unterstützt Deutschland die **Vernetzung regionaler Initiativen und Vorhaben** wie regionale Wirtschaftskommissionen und die Afrikanische Union (AU) sowie den intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den afrikanischen Flussgebietskommissionen.

Die Bundesregierung unterstützt zudem die **Harmonisierung von Wasserpolitiken** innerhalb der Region über den Rat afrikanischer Wasserminister (siehe auch Seite 11 und 14).



5) Halbierung des Anteils der Bevölkerung ohne Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung



Das unmittelbare Ziel deutscher Kooperation mit den afrikanischen Partnern im Wassersektor liegt in der ökologischen Nachhaltigkeit und dem Schutz der natürlichen Ressourcen. Damit tragen wir zur Erreichung des 7. Millenniumsentwicklungsziels bei, das bis zum Jahr 2015 unter anderem anstrebt, den Anteil der Menschen ohne dauerhaft gesicherten Zugang zu hygienisch unbedenklichem Trinkwasser und sanitärer Basisversorgung zu halbieren.

Darüber hinaus ergeben sich mittel- und langfristig zusätzliche Auswirkungen, die eine wesentlich größere Tragweite haben. Mit ihrer Unterstützung im Wassersektor trägt die Bundesregierung dazu bei, dass sich in Afrika Armut reduziert, mehr Kinder in die Schule gehen können, die Rolle von Frauen gestärkt und die Kinder- und Müttersterblichkeit reduziert wird.

Internationaler Sektordialog zum Thema Wasser in Afrika

Verbesserte Rahmenbedingungen durch Reformen im afrikanischen Wassersektor verringern den Druck auf die zunehmend knappe Ressource. Zusätzlich ist eine bessere Abstimmung und die verstärkte Fokussierung der Mittel auf Schwerpunkte nötig, damit die afrikanischen Partner mit spezifischen Angeboten und Kompetenzen der Geber als verlässliche Größen „rechnen“ können.

Deutschland nimmt eine aktive Rolle in den Harmonisierungsbemühungen zwischen Gebern ein und unterstützt den Politikdialog zwischen afrikanischen Regierungen.

Der Rat afrikanischer Wasserminister

Im Jahr 2002 wurde der Rat der afrikanischen Wasserminister (AMCOW) gegründet. Sein Ziel ist es, dem Wassersektor in Afrika eine einheitliche politische und strategische Orientierung zu geben. AMCOW arbeitet im Sinne der NePAD-Initiative und soll zukünftig in die Afrikanische Union integriert werden.

Zusammenarbeit zwischen AMCOW und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche Bundesregierung unterstützt AMCOW mit einem Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit im Bereich der grenzüberschreitenden Wasserkooperation. In dem auf eine Laufzeit von voraussichtlich neun Jahren angelegten Vorhaben und einem Gesamtvolumen von acht Millionen Euro wird fachlich-technischer Expertise bereit gestellt mit dem Ziel, AMCOW beim Aufbau einer geeigneten Organisationsstruktur zur Vernetzung von Flussgebietsorganisationen und der Abstimmung seines Arbeitsplans zu beraten.

AMCOW-Partner im Bereich grenzüberschreitender Wasserkooperation ist dabei das „African

Network of Basin Organisations“ (ANBO). Darüber hinaus wurde im August 2005 ein Beratungsbüro für die AMCOW-Präsidentin in Kampala, Uganda, eingerichtet. Das Büro unterstützt die Umsetzung des AMCOW-Arbeitsprogramms und hält die Ergebnisse für die Präsidentin nach (siehe auch Seite 14).





Die Afrika-Arbeitsgruppe der Europäischen Wasserinitiative

Auf dem Nachhaltigkeitsgipfel 2002 haben die Präsidenten Nigerias und Südafrikas, die Europäische Kommission und der Europäische Rat die Europäische Wasserinitiative (EUWI) ins Leben gerufen. Sie soll einen zusätzlichen europäischen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele im Wassersektor leisten, indem sie die Partnerländer in der Entwicklung ihrer Wasserpolitiken und Sektorstrategien unterstützt. Des Weiteren stellt die EUWI ein Dialogforum für Sektordialoge zwischen den europäischen Gebern einerseits sowie zwischen der EU und den afrikanischen Partnern andererseits dar.

Deutschland ist Mitglied der Steuerungsgruppe der EUWI und hat im Jahre 2006 den Vorsitz der Afrika-Arbeitsgruppe (AWG) der EUWI inne. Angesichts der neuen Rahmenbedingungen in der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit sollen die bisher stark länderspezifischen Aktivitäten der AWG auf einen strategischen Sektordialog verlagert werden. Die institutionelle Verankerung dieser Reform ist durch die Überführung der AWG in die Afrika-EU-Infrastrukturpartnerschaft vorgesehen. Die kürzlich ins Leben gerufene Infrastrukturpartnerschaft wird in Zukunft ein zentrales Instrument der europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika darstellen. Die AWG wird unter diesem Dach den sektorspezifischen Dialog fortführen.

Petersberger Prozess

Der Petersberger Prozess ist eine deutsche Initiative, die 1998 mit den „Petersberg Round Tables on Transboundary Water“ als gemeinsame Aktion von Bundesregierung und Weltbank begonnen wurde. Ziel dieser Initiative ist es

- Wasser als Katalysator für internationale Zusammenarbeit zu verstehen und zu nutzen,
- eine Plattform für informellen Politikdialog und Erfahrungsaustausch zwischen Experten und Entscheidungsträgern zu schaffen,
- den Süd-Süd-Austausch zu grenzüberschreitender Wasserkooperation zu fördern und
- die Umsetzung des IWRM-Konzepts bei grenzüberschreitenden Gewässern zu fördern.

Bis heute hat die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Weltbank fünf Runde Tische zu grenzüberschreitender Wasserkooperation durchgeführt.

Die Bundesregierung wird im September 2007 in enger Zusammenarbeit mit Weltbank, Global Environment Facility (GEF) und AMCOW auf dem Petersberg den 6. Petersberger Runden Tisch zu grenzüberschreitendem Wassermanagement ausrichten. Die internationale Konferenz, auf der hochrangige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in informellem Rahmen diskutieren, wird sich mit dem konkreten Nutzen grenzüberschreitender Wasserkooperation für die Bevölkerung in den internationalen Wassereinzugsgebieten Afrikas beschäftigen.



Fallbeispiele

Wasser-Versorgung / -Ressourcenmanagement (national): Sambia

Sicherung der Lebensgrundlage durch Wasserversorgung

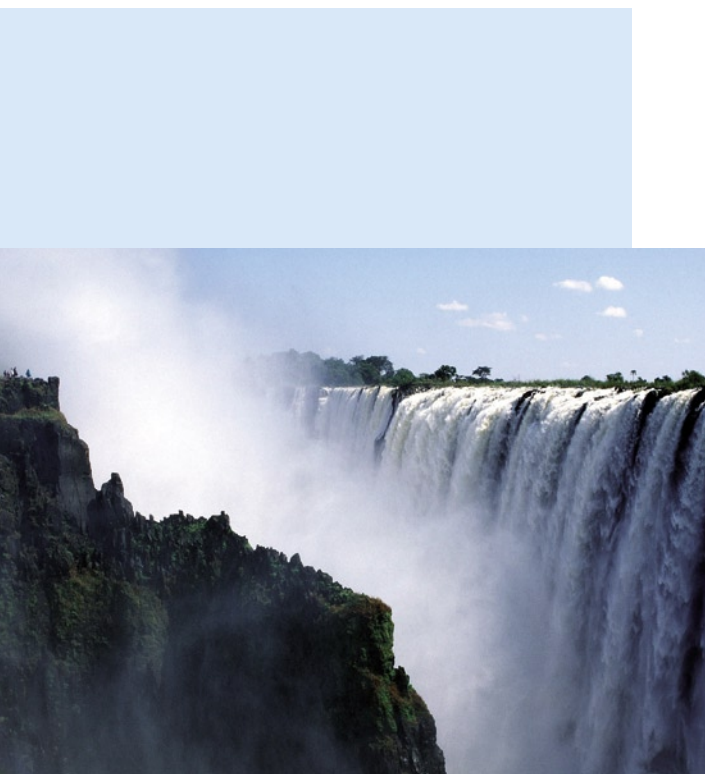
Trotz umfangreicher Wasserressourcen haben mehr als die Hälfte der Einwohner Sambias in Stadtrandgebieten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und ausreichenden sanitären Einrichtungen. Die sambischen Reformen im Wasserbereich werden mit finanziellen Investitionen in die Wasser- und Sanitärinfrastruktur sowie durch Beratung bei der Wasserpolitik unterstützt. Dadurch konnten neun kommerzielle Ver- und Entsorgungsbetriebe, die 84 Prozent der städtischen Bevölkerung bedienen, gegründet und der Aufbau einer Regulierungsbehörde sowie die Übertragung der Verantwortung für die Wasser- und Sanitärversorgung auf die Gebietskörperschaften erfolgreich vorangetrieben werden.



Wasser-Ressourcenmanagement (regional): AMCOW

Nachhaltige Nutzung grenzüberschreitender Wasserressourcen

Die koordinierte und nachhaltige Bewirtschaftung internationaler Wassereinzugsgebiete sichert gleichermaßen die Lebensgrundlage und dient zur Konfliktvorbeugung zu Gunsten vieler Menschen in Afrika. Gemeinsame Flussgebietsorganisationen aller Anrainerstaaten ermöglichen ein international abgestimmtes Wassermanagement. Der African Ministers' Council on Water (AMCOW) der 53 Wasserminister Afrikas setzt sich für die übergreifende Zusammenarbeit aller Flussgebietsorganisationen ein. Darüber hinaus hat sich AMCOW als wichtiges Instrument zur Koordinierung der Wasserpolitiken und als Stimme Afrikas für den Wasserbereich etabliert. Bei der Unterstützung von AMCOW und der Kooperation mit Flussgebietsorganisationen in Afrika nimmt Deutschland im Konzert der Geber eine Führungsrolle ein.



Übersichten zur Wasserkooperation mit Afrika südlich der Sahara

Bilaterale Kooperationspartner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

| Land | Internationaler Rahmen | | | Deutsches Engagement | | |
|---------------|------------------------|------------------|-------------------|---|--|---|
| | PD ¹ | PRS ² | APRM ³ | Bilateraler Schwerpunkt im Bereich Wasser | Projekte im Bereich Sektorreform städtische Wasser-/ Sanitärversorgung | Projekte im Bereich Nationales Wasserressourcenmanagement |
| Äthiopien | ■ | ■ | ■ | | ■ | ■ |
| Benin | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | |
| Burkina Faso | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| Burundi | ■ | ■ | ■ | | ■ | |
| Cote d'Ivoire | ■ | ■ | | | ■ | |
| Eritrea | | | | ■ | ■ | |
| Ghana | ■ | ■ | ■ | | ■ | |
| Kamerun | ■ | ■ | ■ | | | |
| Kenia | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | |
| Lesotho | | ■ | ■ | | ■ | |
| Madagaskar | ■ | ■ | | | ■ | ■ |
| Malawi | ■ | ■ | ■ | | ■ | |
| Mali | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | |
| Mauretanien | ■ | ■ | | | | ■ |
| Mosambik | ■ | ■ | ■ | | ■ | |
| Namibia | | ■ | | | ■ | ■ |
| Niger | ■ | ■ | | | ■ | |
| Nigeria | | | ■ | | ■ | |
| Ruanda | ■ | ■ | ■ | | ■ | |
| Sambia | ■ | ■ | ■ | | ■ | ■ |
| Senegal | ■ | ■ | ■ | | ■ | |
| Südafrika | ■ | | ■ | | ■ | |
| Tansania | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | |
| Uganda | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | |
| Summe | 20 | 21 | 18 | 7 | 22 | 6 |

1) Paris-Deklaration

2) Poverty Reduction Strategy

3) African Peer Review Mechanism

Grenzüberschreitende Kooperation mit Regionalorganisationen – Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

| | Stärkung institutioneller Kapazitäten | Vernetzung und Koordination | Harmonisierung |
|--------|---------------------------------------|-----------------------------|----------------|
| AU | ■ | ■ | ■ |
| SADC | ■ | ■ | ■ |
| EAC | | | |
| ECOWAS | ■ | | |
| IGAD | ■ | ■ | ■ |

Herausgeber

**Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**
Referat „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“

Dienstsitz Bonn

Adenauerallee 139 - 141
D - 53133 Bonn
Tel. +49 (0)228 99 535 -0
Fax +49 (0)228 99 535 -3500

Dienstsitz Berlin

Stresemannstraße 94
D - 10963 Berlin
Tel. +49 (0)30 18 535 -0
Fax +49 (0)30 18 535 -2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Redaktion Anita Dicke (DICKEPR)
Endredaktion Steffen Beitz, Dr. Andreas Foerster, Steffen Heizmann
Verantwortlich Hans Hammann, Ralf Schröder
Gestaltung FLMH, Berlin | www.flmh.de
Druck druckpunkt GmbH, Berlin
Gedruckt auf 100% Altpapier, mit Umweltzeichen „Blauer Engel“
Bildnachweis Titel Ulutuncok/laif, S. 4 Dawin Meckel/OSTREUZ,
S. 6 Jihad Nga/ActionAid/Corbis, S. 10 + 13 Lineair/Das Fotoarchiv,
S. 11 Ute Grabowsky/photothek.net, S.12 Xinhua/Das Fotoarchiv,
S. 14 oben Henning Christoph/DAS FOTOARCHIV, unten Stefan Boness/Ipon

Stand Januar 2007

Bezugsstelle

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel. +49 (0)1805 77 80 90 (12 Cent/Min. Festnetz der DTAG)
Fax +49 (0)1805 77 80 94
E-Mail publikationen@bundesregierung.de

